Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
3,10 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2,70 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0,15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . . 0,10 DM
Stellengesuche . . . . . 0,10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 19 | Halver, Dienstag, den 23. Januar | 1951

Der große Empfang bei McCloy

Unterredung Adenauer - Eisenhower

Auch Ollenhauer, Speidel und Heusinger führten mit dem General Besprechungen

dmt. Frankfurt/Main, 23. Januar

Bei dem Empfang General Eisenhowers durch den amerikanischen Hohen Kommissar McCloy hatte Bundeskanzler Dr. Adenauer eine halbstündige Unterredung mit dem Oberbefehlshaber der Atlantikpaktmächte in Europa. Der General war bei strahlender Laune und hatte eine Halsentzündung, an der er am Sonntag erkrankte, offensichtlich überwunden. Ueber den Inhalt der Besprechung des Bundeskanzlers mit General Eisenhower ist bis jetzt nichts bekannt geworden.

Eisenhower hatte auch eine zwanzig Minuten dauernde Unterredung mit dem zweiten Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, der an Stelle des an Grippe erkrankten Parteivorsitzenden Dr. Schumacher an dem Empfang teilnahm. Auch die Generale a. D. Heusinger und Dr. Speidel hatten Gelegenheit, sich mit dem General zu unterhalten. Sie kamen hierbei auf das deutsche Anliegen der Gleichberechtigung zu sprechen.

Fast sämtliche Bundesminister mit Ausnahme des Wirtschaftsministers Prof. Erhard und des Ministers Dr. Hellwege nahmen an dem Empfang teil. Ebenso die Länderchefs mit Ausnahme des Staatspräsidenten von Württemberg-Hohenzollern, Gebhardt Müller und des Berliner Oberbürgermeisters Professor Reuter, der durch Frau Luise Schröder vertreten wurde. General Eisenhower begrüßte jeden Gast mit einem persönlichen Wort.

Am Montagnachmittag hatte General Eisenhower eine zweistündige Besprechung mit den Hohen Kommissaren McCloy und Kirkpatrick, sowie dem stellvertretenden französischen Hohen Kommissar Armand Verard. Zuvor hatte General Eisenhower den Kommandeur der 1. amerikanischen Infanteriedivision, General Dalquist, in Darmstadt besucht.

Am Dienstagmorgen verläßt General Eisenhower Frankfurt vom Rhein-Main-Flughafen aus. Sein Reiseziel wird jedoch absolut geheimgehalten.

Juin Oberbefehlshaber

dmt. Paris, 22. Januar

General Juin, der derzeitige Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Nordafrika und französischer Generalresident in Marokko wird in Kürze zum Oberbefehlshaber der gesamten französischen Streitkräfte ernannt werden.

Er wird den Titel Generalinspekteur der bewaffneten Streitkräfte erhalten. General Juin, der zunächst noch den Posten eines Generalresidenten für Marokko behält, soll mit weitreichenden Vollmachten ausgestattet werden, und nur dem Verteidigungsminister und durch diesen dem Ministerpräsidenten sowie dem Kabinett verantwortlich sein. General Juin ist ein hoher Posten unter General Eisenhower zugedacht.

Truppentransporter fehlen

dpa. Washington, 22. Januar

In den USA besteht ein ernster Mangel an Passagierschiffen, die im Kriegsfall zu Truppentransportern umgebaut werden könnten. Die USA verfügen — ohne die zu Truppentansportern umgebauten Frachtschiffe — nur über 30 im Dienst stehende Passagierschiffe von denen elf bereits für Truppentransportzwecke benutzt werden, von denen elf bereits für Truppentransportzwecke benutzt werden. Ferner sind drei außer Dienst gestellte Passagierschifffe vorhanden. Im Jahr 1939 besaßen die USA 89 in Dienst stehende und 27 außer Dienst gestellte Passagierschiffe, die für den Truppentransport in Frage kamen.

„Zweites Nürnberg" gefordert

dmt. New York, 22. Januar

Der Leiter des Kampfbundes gegen Unmenschlichkeit, Dr. Hildebrandt, forderte am Wochenende in New York die Einsetzung eines internationalen Gerichtshofes nach Art des Nürnberger Tribunals, um die Frage nach der Schuld am Tod von Millionen Deutschen in sowjetischen Lagern zu klären. Die Anklagen, Urteile und Strafen von Nürnberg müßten auch auf die Verbrechen angewandt werden, die laufend von den Sowjets begangen würden.

Bisher größte Luftschlacht

3 Jagdflugzeuge abgeschossen — Bewaffnete Aufklärung der UNO-Truppen

dmt. Tokio, 23. Januar

Am Dienstagmorgen kam es über dem Yalu-Fluß zu einer Luftschlacht zwischen amerikanischen Düsenjägern und kommunistischen Jagdflugzeugen, in deren Verlauf nach einer Mitteilung der 5. amerikanischen Luftflotte mindestens drei kommunistische Jagdflugzeuge vom Typ „MIG 15" abgeschossen wurden. Es soll sich dabei um die bisher größte Luftschlacht über Korea gehandelt haben. Schon am Montag hatten amerikanische Flugzeuge über 500 Einsätze geflogen.

Unter dem Schutz von Luftstreitkräften stießen am Montag gepanzerte Kampfgruppen der UNO auf einer 100 Kilometer breiten Front an vier Stellen tief in das feindliche Hinterland ein und drangen unter Durchbrechung der kommunistischen Stellungen an einer Stelle bis zu dreißig Kilometer an die Hauptstadt Soeul vor. Andere Kampfgruppen kamen bis nach Kunjangschangni, Osan, Itschon und Wondschu durch, fanden aber diese Städte vom Gegner nicht besetzt. Bei diesen Unternehmungen handelte es sich, wie in Tokio betont wurde, jedoch nicht um eine Offensive, sondern um bewaffnete Aufklärung zwecks Störung der Offensivvorbereitungen der Kommunisten.

Frankreich will tuhhandeln

dmt. London, 22. Januar

In der am 30. Januar wieder beginnenden Sitzungsperiode der Dreimächte-Studiengruppe zur Revision des Besatzungsstatuts, für welche die einzelnen Delegationen neue Instruktionen erhalten haben, soll Frankreich die Absicht haben, über die Abschaffung der Ruhrbehörde nur zu diskutieren, wenn vorher die Unterzeichnung des Schumanplan-Abkommens erfolgt.

Die Londoner Studiengruppe hat besondere Ausschüsse für Fragen der verbotenen und beschränkten Industrien, für Auslandsinteressen in Deutschland und für deutsche Auslandsschulden!

Feiernde Hände

Von
Ewald Koch

Die alarmierende Arbeitslosenziffer Westdeutschlands ist bekannt. Nachdem schon am 15. Januar 1 911 199 zur Untätigkeit Verdammte bei noch insgesamt 13 939 958 Arbeitern, Angestellten und Beamten — d. h. auf etwa sieben Beschäftigte entfiel bereits ein Arbeitssuchender — verzeichnet wurden, ist inzwischen die Zwei-Millionen-Grenze erreicht. Sagten aber „pessimistische" Realisten gemäß saisonaler wie zwangsexportquotenbestimmter Einflüsse bereits vor Monaten eine mögliche Arbeitslosenziffer von 2,5 Millionen voraus, so glaubte der Bundesarbeitsminister damals noch wunschgemäß an eine Zahl von 1,5 Millionen.

Im Sinne von „Die Kälte ist Schuld", machte Minister Storch auf einer Pressekonferenz am 19. Dezember 1950 den frühen Frosteinbruch für das unerwartet rapide Ansteigen der Arbeitslosenzahl verantwortlich. Uns aber will es scheinen, daß schon zu diesem Zeitpunkt verschiedene andere Momente sehr viel „mitbestimmender" waren, als der inzwischen längst zu einsichtigerer Milde zurückgekehrte Wettergott . . .

Auch seinerzeit gab es nämlich bereits allein über 600 000 Arbeitslose, die schon länger als ein halbes Jahr ungewollt eine „Dauerfeierschicht" absolvieren mußten. Damals wie heute aber konzentrieren sich diese Dauerarbeitslosen vorwiegend auf die Flüchtlingsländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern, und das wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil der naturgemäß notwendige Umfang des Vertriebenenausgleiches unter den Bundesländern mehr an einem separatistischen Egoismus als an echte föderalistischen Prinzipien gescheitert ist.

Insbesondere jedoch gibt es — wie ebenfalls schon seit Monaten bezw. Jahren — weiterhin jene sozial besonders bedenklich hohe Jugenderwerbs- und Berufslosigkeit, welche beispielsweise schon im November vorigen Jahres 584 000 junge Menschen im Alter von 14 bis 25 Jahren praktisch zukunftslos machte. Inwieweit aber der im Dezember verkündete Bundesjugendplan eben für diese Jugend infolge seiner absolut unzulänglichen finanziellen Mittel hier wirklich schon Ansätze zu tatsächlicher Besserung erbringen konnte, ist leider nicht bekannt.

Somit liegen bei den Vertriebenen und dem hier fehlenden Arbeitskräfteausgleich wie bei den Jugendlichen und der ihnen ermangelnden Berufsausbildung die beiden besonders bedenklichen Schwerpunkte unseres Arbeitslosenproblems, jedoch auch die Ansatzpunkte zu einer möglichen konstruktiven Lösung. In jedem Falle aber sind feiernde Hände Arbeitswilliger ein hartes Los! Und es verurteilt nicht nur die unmittelbar Betroffenen zu sozialem Niedergang, sondern es fällt auch auf die wirtschaftspolitische Linie unseres demokratischen Staatswesens schlechthin zurück. Wie düster die diesbezüglichen Aspekte für die junge Bonner Demokratie bereits sind, mag allein aus der Tatsache abgelesen werden, daß es gegenwärtig in Westdeutschland schon Gebiete gibt, in denen die Arbeitslosigkeit höher ist als im Jahre 1932 in dem sich bekanntlich das Schicksal der Weimarr Republik entschied.

Diesen sehr ernst zu nehmenden Hinweis kann man nicht mit einer Handbewegung abtun. Ein sozialer Gefahrenherd in vorderster westlicher Etappenlinie erfordert eben eine andere Sprache als die bisherigen resignierenden Feststellungen, die Alliierten bezw. die Ruhrbehörde hätten leider angeordnet . . . Denn gerade weil sie das tatsächlich in einem Umfange getan haben, der zwar schon längst zu kalten Füßen, nunmehr aber auch noch zu Stromsperren, Produktionseinschränkungen und Betriebsstillegungen geführt hat, wäre endlich eine etwas festere Sprache am Platze.

Hier liegt neben der allgemeinen deutschen

Schon 228 Lawinenopfer

Naturkatastrophe von ungeheurem Ausmaß

dmt. Genf, 23. Januar

Die Lawinenkatastrophe in den Alpen nimmt immer größere Ausmaße an. Bis Dienstagmorgen hat sie insgesamt 228 Todesopfer gefordert. Im österreichischen Alpengebiet sind 127, in der Schweiz 71 und in Italien 30 Personen umgekommen. Nach letzten Meldungen aus Wien sind allein in Oesterreich 127 Personen umgekommen. Man befürchtet jetzt, daß in Oesterreich weit über 150 Menschen den Lawinen zum Opfer gefallen sind. Etwa dreißig Schwerverletzte liegen im Krankenhaus. In der Schweiz kamen 71 Personen ums Leben. Dreizehn weitere werden vermißt. In den italienischen Alpen sind 14 Todesopfer zu beklagen. Inzwischen hat sich die Lawinengefahr in der Schweiz wegen der sinkenden Temperaturen verringert. Schweizer Militärflugzeuge warfen am Montag in den Lawinengebieten der Schweizer Alpen Lebensmittel und Post ab.

(Ausführl. Bericht im Innern dieser Ausgabe)

Peking unterbreitete neue Vorschläge

Im Politischen Ausschuß bekanntgegeben — Sieben-Mächte-Konferenz vorgesehen

dmt. New York, 23. Januar

Der UNO sind von der Peking-Regierung neue Vorschläge für die künftige Regelung des Korea-Konfliktes und die Lösung der Fernost-Probleme gemacht worden. Die Vorschläge sind von dem indischen Botschafter in Peking nach Neu Delhi und von dort nach New York übermittelt worden. Die Vorschläge lassen die Tür zu weiteren Verhandlungen offen. Sie sind am Montagabend im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung bekanntgegeben worden.

Die neuen chinesischen Vorschläge sehen vor, daß die Volksrepublik China ihren Freiwilligen in Korea die Rückkehr in die Heimat nahelegen wird, wenn die Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus Korea grundsätzlich beschlossen und in die Tat umgesetzt wird.

Die Beendigung des Koreakrieges und die politische Regelung des Koreaproblems soll nach den Vorschlägen in zwei Etappen erfolgen. Auf der ersten Sitzung der vorgesehenen Sieben-Mächte-Konferenz soll die Einstellung der Feindseligkeiten auf beschränkte Zeitdauer vereinbart werden. Sobald die Waffenruhe eingetreten ist, soll weiter verhandelt werden. Bei diesen Verhandlungen sollen die politischen Probleme Koreas im Zusammenhang mit den Bedingungen für die Beendigung des Krieges erörtert werden.

Demnach wäre über folgende Punkte Einigung zu erzielen: Zurückziehung aller ausländischen Truppen aus Korea, Regelung der innerkoreanischen Probleme durch das koreanische Volk selbst, Zurückziehung der amerikanischen Streitkräfte aus Formosa und den Gewässern von Formosa, endgültige Bestätigung der Rechtsansprüche der Volksrepublik China auf einen Sitz in der UNO und anderer Fernostprobleme.

Der indische Chefdelegierte, Sir Benegal Rau, der die Vorschläge dem Politischen Ausschuß unterbreitete, stellte sofort den Antrag auf Vertagung der Sitzung nach einer kurzen Debatte um 48 Stunden. Dadurch sollten alle Delegationen Gelegenheit erhalten, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen.

Dementsprechend beschloß der Ausschuß. In der Debatte war der sowjetische Delegierte Tsarapkin gar nicht auf die neuen chinesischen Vorschläge eingegangen. Er begnügte sich mit einer scharfen Kritik an dem amerikanischen Antrag, die Volksrepublik China als Aggressor zu verurteilen. Nicht die Volksrepublik China, sondern die USA hätten in Korea eine Aggressionshandlung begangen. Der britische Delegierte Jebb sprach sich für Vertagung aus. Er erklärte, die Mitteilung Sir Benegal Raus über die neuen chinesischen Vorschläge sei nach dem Eindruck „augenscheinlich von großem Interesse und von großer Bedeutung". Seine endgültige Stellungnahme müsse er sich allerdings noch vorbehalten.

Der Prozeß gegen Beamte des Finanzamts, denen unrechtmäßige Auswertung der Volkszählungslisten in Braunschweig vorgeworfen wird, wird im Februar stattfinden.

Geplante KP-Demonstration verboten. Der französische Innenminister verbot am Montagabend die von den Kommunisten für Mittwoch angesetzte Massendemonstration gegen die Rückkehr General Eisenhowers nach Paris.

Verödendes Sudetenland

Man habe den Eindruck, so berichtet der frühere Landrat von Teplitz-Schönau auf einer sudetendeutschen Versammlung, daß die Tschechen heute sehr darauf warteten, von ihren sowjetischen Befreiern wieder befreit zu werden. Zieht man eine Bilanz aus seinem Bericht, dann drängt sich ein außerordentlich charakteristischer Vergleich zwischen der heutigen Situation Polens und der der Tschechoslowakei auf.

Wie die mittel- und ostpolnischen „Kolonisatoren" aus den ostdeutschen Gebieten an Oder und Neiße, so flüchten die tschechischen Neusiedler aus den sudetendeutschen Gebieten. Man hat kein Vertrauen zur Zukunft, man möchte sich gegebenenfalls nicht auf den Besitztümern der früheren sudetendeutschen Bauern überraschen lassen.. Das Signal zum Aufbruch aus dem Sudetenland war für die tschechischen Siedler die von der Prager Regierung an sie gestellte Forderung, sich dazu schriftlich zu verpflichten, die neu übernommenen Höfe im Laufe der nächsten zehn Jahre weder zu verlassen noch zu verschenken oder zu veräußern. Dies Risiko wollten sehr viele von ihnen doch nicht eingehen und so kommt es, daß weite sudetendeutsche Gebiete heute verödet und brach daliegen.

Es ist nur eine verlegene Phrase der Prager Regierung, wenn sie diese Verödung mit „strategischen Rücksichten" begründet. Im Auslande, das schon das polnische Beispiel aus den deutschen Ostgebieten kennt, weiß man sich den rechten Vers aus der Verödung eines Landes zu machen, das einst zu den blühendsten und bestbewirtschafteten Europas gehörte.

Eine weitere Parallele zur polnischen Situation liegt darin, daß auch die Tschechoslowakei jetzt gezwungen ist, Getreide einzuführen, was sie früher nicht nötig hatte. Auch die einst hochqualifizierte industrielle Produktion der Tschechoslowakei ist auf ein unvorstellbares Niveau abgesunken. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist mit der der Vorkriegszeit in keiner Weise mehr vergleichbar. Arbeiter fehlen in allen Industriezweigen. In den Städten herrscht Wohnungsmangel. Eine freie Wirtschaft gibt es so gut wie überhaupt nicht mehr.

Das sind die Segnungen der Benesch'schen Politik, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen begann. Im Westen aber gibt es heute immer noch einflußreiche politische Kreise, die den Wahnsinn nicht einzusehen vermögen, der mit einer völlig falschen und den Interessen aller mittel- und osteuropäischen Völker widersprechenden Politik im Herzen Europas angerichtet wurde.

r.

Die Seite der Heimat

Halver, den 23. Januar 1951

Duell mit Grippebazillen

Im selben Maße, wie wir seit Eintritt des Tauwetters Kohlen weniger gebrauchen, haben sich die Grippebazillen vermehrt. Sie zu bekämpfen, gibt es viele Mittel, teure und billige, feste und flüssige, wirksame und untaugliche.

Mein alter väterlicher Freund war für eine komplizierte Behandlungsmethode der Grippe. „Vor allen Dingen den Hals schützen und die Füße warmhalten", sagte er, wenn es so weit war. —

Bei meinem Freund Kunibert ist das anders. Seine Grippekur gliedert sich in drei Abschnitte: die Vorgrippe-Kur, die eigentliche oder Haupt-Grippe-Kur und die Nach-Grippe-Kur. Die Vor-Grippe-Kur soll nach der geschätzten Meinung von Kunibert am besten gleich im Anschluß an die soeben erfolgreich beendete Nach-Grippe-Kur begonnen werden. Das Universalmittel für alle drei Kuren nennt Kunibert „Grippetod" Darunter versteht er alle alkoholischen Getränke von 38% aufwärts. Dieses Rezept ergänzt er höchstens mal durch einen kräftigen Glühwein oder einen Grog. Wenn ich übrigens der Grogbereitung Kuniberts zusah, hatte ich immer den Eindruck, als wolle er vor der Fertigstellung der neuen Versesperre auch den letzten Tropfen Wasser sparen und auch nicht die Erfüllung der täglichen Zahn- und Mundreinigungspflicht der Menschheit durch Wassermangel gefährden.

Wenn mein väterlicher Freund das Rezept gekannt hätte! Aber der hatte ja einen Komplex und trank nur Lindenblütentee. Alte Mittel oder neue Kunibertsche Methoden — das ist hier die Frage! Mich dünkt, beim Ausprobieren beider wollen wir kurz vor Fastnacht ruhig mit Kuniberts Rezept beginnen. B.

Halver

Tagung der Betriebsräte

Die erste diesjährige Tagung der Betriebsräte erfreute sich regen Interesses. Ueber Zeitfragen sprach der Geschäftsführer der IG Metall Brandt. Einen besonderen Punkt der Aussprache umfaßten die Methoden der Kohlenverteilung. Arbeitsrechtliche Fragen wurden von Gewerkschaftssekretär Hanstein behandelt.

Neue Straßenbäume werden eingesetzt

Am Anfang der Frankfurter Straße sind seit gestern unsere Gemeindearbeiter dabei, neue Straßenbäume einzusetzen. Damit werden die Lücken in der Baumreihe ausgefüllt. Noch sind die Bäume zwar klein, aber in absehbarer Zeit werden sie schon zur Verschönerung des Ortsbildes beitragen. Sie seien dem Schutze des Publikums empfohlen.

Schiedsmänner bestätigt

Das Präsidium des Landgerichts Hagen hat die in den Sitzungen der Gemeindevertretungen Halver und Schalksmühle vom 21. 9. und 17. 11. 1950 wiedergewählten Schiedsmänner bestätigt.

Lichtspiele Karlshöhe

Ein dramatischer Film voll atemberaubender Handlung: „Abenteuer am Königshof" läuft am Mittwoch und Donnerstag in den Lichtspielen Karlshöhe. Degenklirren und Liebesflüstern, Männerflüche und Frauenlachen, Musketenschüsse und Fanfarenklänge, erregende Kontraste im bunten Bildgeschehen einer prunkvollen Epoche zeichnen diesen Film, in dem Verrat seine Sühne, Treue ihren Lohn und Liebe Erfüllung finden. Ein grandioses Filmgemälde voll Pracht und Schönheit. —

Rückführung deutschen Eigentums aus Oesterreich

Flüchtlinge, sowie deutsche Firmen und Einzelpersonen, welche in Oesterreich noch Möbel, Hausrat, Gepäckstücke, ferner Kraftfahrzeuge, Personenkraftwagen oder Motorräder verlagert oder zurückgelassen haben haben, wollen zwecks Erfassung und Rückführung ihr Eigentum beim Bevollmächtigten für die Rückführung deutschen Eigentums, Franz Joseph Ginther, München 13, Georgenstraße 90, anmelden. Dortselbst können auch Anträge auf Rückführung von sonstigem verlagerten Gut, insbesondere Maschinen, Geräte usw., eingereicht werden.

Deckinghausen / Carthausen

Kaninchenzüchter kamen zusammen

Zur Jahreshauptversammlung fanden sich die Mitglieder des Kaninchenzuchtvereins im Vereinslokal ein. Einen ausführlichen Jahresbericht gab der 1. Vors., während der Kassierer die Kassenverhältnisse erläuterte. Beide Berichte wurden von der Versammlung gebilligt. Die Vorstandswahl ergab eine Umstellung in der Leitung. Zum 2. Vors. wurde Zuchtfreund Alfr. Hörich und zum Zuchtwerbewart Zuchtfreund Fritz Stoltenberg gewählt, letzterer übernahm auch das Amt des Tätowiermeisters.

Schalksmühle

Gaulehrstunde in Schalksmühle

Der Gaukinderturnwart Jochen Dille, Schalksmühle, führt am kommenden Sonnabend in der Turnhalle des Schalksmühler Turnvereins eine Lehrstunde für alle Kinderturnwarte des 1. Bezirks des Lenne-Volme-Turngaues durch. In Form einer Lehrstunde soll mit einer Kindergruppe von 6—10 Jahren unvorbereiteter Stoff erarbeitet werden. Anschließend folgt noch eine halbe Stunde Singtänze mit den weiblichen Kindern. Im Anschluß an diesen Uebungsstoff findet im Vereinsheim noch eine Aussprache statt. Für die Vereine des 2. und 3. Bezirks findet diese Lehrstunde am Sonntag, dem 28. 1. 51 in der Turnhalle des TV Jahn Werdohl statt.

Die Straße war zu eng!

Am August-Bebel-Platz kam es am gestrigen Montag zu einem kleinen Zusammenstoß. In der Höhe des Uhrmachermeisters Schulz parkte ein PKW, auf der gegenüberliegenden Seite der Omnibus der Besatzungsmacht. In diesem Augenblick kam aus Richtung Bahnhof ein Duisburger LKW, der zwischen beiden Fahrzeugen hindurch wollte, dabei wurde selbstverständlich der kleinste, also der PKW seitlich gehörig beschädigt. Auch der LKW erlitt einige Schrammen. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Die Polizei mußte die erforderlichen Ermittlungen aufnehmen, um die Schuldfrage einwandfrei zu klären.

Kierspe

Die Kulturgemeinde Kierspe

setzt ihre Winterarbeit am Donnerstag, dem 25. Januar, in der Schauburg fort. Durch den Schwank von Brandon Thomas „Charly's Tante" erfährt das Veranstaltungsprogramm insofern eine Auflockerung, als diesmal der Humor in außergewöhnlichem Maße zu Wort kommen wird. Schon vor 20 Jahren lachte das Publikum Tränen über diesen Schwank, der in seiner Art wohl den Anspruch auf Einmaligkeit erheben darf. Das Westfälische Landes-Theater mit seinen ausgezeichneten Kräften erscheint gerade geeignet, um dieses Stück zu einem Erfolg werden zu lassen.

Die Landesbildstelle Westfalen hat im vergangenen Jahr unter anderen aufgenommen die Bildserien: Konrad von Soest, Annete von Droste-Hülshoff, Kloster Corvey — die Schmalfilme: Grundsteinlegung des Rathauses und Wiederaufbau der Stadt Münster, die Ausstellung „Gesundes Leben", Internationale Jugendwoche in Bielefeld, vom ältesten Walzwerk im Siegerland und von der Weser.

Bisher in Halver 112 Rundfunk-Neuanmeldungen

Die bisherigen Ergebnisse der Werbeaktion in Halver — der beste Werber in Halver hat 17 Neuanmeldungen — Werbekraftwagen durchfahren den Bereich der OPD Dortmund — Welche Bestimmungen sind zu beachten?

Im Bereich des Oberpostdirektions-Bezirks Dortmund sind seit Beginn der Werbeaktion bis zum 1. Januar 30 349 neue Rundfunkhörer geworben worden. Nach dem Ergebnis ähnlicher Aktionen in anderen Teilen des Bundesgebietes wird die Neuwerbung von 46 000 Hörern im Bereich der Oberpostdirektion Dortmund erwartet. Dieses zu erwartende Egebnis ist also in den ersten 16 Tagen der Werbeaktion bereits zu 83 Prozent erreicht worden. Bei mehr als einem Drittel aller Postämter des Bezirks wurde die errechnete Sollzahl sogar bereits überschritten.

Das bisherige Ergebnis in Halver

In Halver waren bis zu Beginn der Werbeaktion 1677 Rundfunkhörer registriert. Die Werbemaßnahmen haben auch bei uns schon beachtliche Erfolge gezeitigt. So wurden bisher im Bereich des Halverschen Postamtes 98 neue Hörer geworben. Hinzukommen 14 Neuanmeldungen. Somit sind bisher insgesamt 112 neue Rundfunkgenehmigungen erteilt worden, während sonst im Durchschnitt monatlich nur 25—30 neue Rundfunkanmeldungen erfolgten. Auch in Halver sind die Werber damit schon recht eifrig gewesen. Der bisher beste Werber hat bereits 17 neue Hörer geworben.

Werbe-Kraftwagenkolonne unterwegs

Die Werbeaktion wird noch bis zum 15. Febr. fortgesetzt. Sie wird jetzt noch unterstützt durch eine Werbekraftwagenkolonne, die vier Wochen lang durch den Direktionsbezirk fährt und dabei fast jeden Ort berühren wird. Es wird erwartet, daß durch diese Werbeaktion auch der letzte Rundfunkhörer dazu bewogen wird, sein Gerät anzumelden, sofern er das bisher nicht schon getan hat.

Der NWDR und die Deutsche Bundespost beabsichtigen, nach Abschluß dieser Werbeaktion gegen jeden Schwarzhörer, der dann noch ermittelt wird, unnachsichtlich gerichtlich vorzugehen. Das bedeutet nicht nur gerichtliche Bestrafung, sondern auch Nachzahlung der Gebühren und möglicherweise Beschlagnahme des Geräts. Daß die Ermittlung von Schwarzhörern durch neuartige Peilgeräte jetzt verhältnismäßig einfach ist, dürfte in der Allgemeinheit bereits hinlänglich bekannt sein.

Neues Suchgerät der Post

Der Kampf gegen die Schwarzhörer soll, wenn die von der Post gewährte Amnestie abgelaufen ist, mit aller Konsequenz durchgeführt werden. Mit einem Suchapparat, der einem kleinen Grammophonkoffer ähnelt, kann der Kontrollbeamte überall und völlig unauffällig den Schwarzhörer ausfindig machen. Dieser merkt davon nicht das Geringste. Erst wenn der Beamte vor ihm steht, weiß der Schwarzhörer, daß er doch reingefallen ist.

Wer muß nun Rundfunkgebühren zahlen?

Es ist bestimmt für einen „normalen Sterblichen" keine ganz einfache Sache, in den verschiedenen Rundfunkrechtsfragen und Schwarzhörerbestimmungen sich zurecht zu finden. Dennoch sollen hier einige Fälle, die häufiger zur Diskussion stehen, angeführt werden.

Bei Tischgemeinschaft zweiter Empfänger frei

Da ist zum Beispiel die Frage, ob zwei Radiogeräte in einem Haushalt angemeldet werden müssen. Wird der Haushalt auf einem Grundstück geführt, dann ist dies nicht notwendig. Die verheirateten Kinder, die noch bei ihren Eltern leben und ebenso der möblierte Herr brauchen, sofern Tischgemeinschaft besteht, einen zweiten Apparat nicht gesondert zu melden. Anders ist es, wenn das junge Paar zum Beispiel eine Kochstelle hat, also einen eigenen Haushalt führt. In diesem Falle muß ein zweiter Apparat gemeldet werden.

Lautsprecher im Arbeitsraum

Die einmalige Zahlung bei mehreren Empfangsgeräten ist immer an ein und denselben Privathaushalt gebunden. Wird jedoch in einem Arbeitsraum nur ein Lautsprecher angebracht, so muß dieser zusätzlich angemeldet werden.

Mit dem Kofferradio unterwegs

Nimmt einer sein Kofferradio mit auf Reisen, an den Strand oder in das Paddelboot und bleibt gleichzeitig in der Wohnung noch ein betriebsfertiges Gerät, so müssen beide gesondert angemeldet werden. — Als zweites Empfangsgerät werden noch zusätzliche Lautsprecher gewertet.

Für zusätzlichen Radio-Super 0,50 DM

Für das im Auto eingebaute Radiogerät zahlen Kraftfahrer, die bereits zu Hause ein angemeldetes Empfangsgerät besitzen, eine Gebühr von 0,50 DM. Ist jedoch nur der Auto-Super vorhanden, so muß die volle Gebühr von 2 DM entrichtet werden.

Wieder Teilnahme an einem Wettstreit

Jahreshauptversammlung des MGV Bollwerk

Bollwerk. Der MGV Bollwerk hielt seine gutbesuchte Jahreshauptversammlung im Vereinslokal Schlöter, Grüne ab. Sie wurde vom 1. Vorsitzenden, A. Othlinghaus, eröffnet und geleitet, der die Verdienste des kürzlich verstorbenen Schriftführers Karl Blume gedachte Rudi Fabig und Heinz Ermshaus wurden bei der Vorstandsergänzungswahl zum 1. bezw 2. Schriftführer gewählt. Den Sängern Hugo Mühlich, Wilhelm Schulte, Walter Krause und Fritz Grote wurde eine besondere Ehrung zuteil für ihren regelmäßigen Chorstundenbesuch im vergangenen Jahr.

Der Besuch eines Wettstreites wurde beschlossen. Am 24. Februar findet im „Gertrudenhof" ein gemütlicher Abend für aktive und passive Mitglieder statt. Die musikalische Ausgestaltung des Abends übernimmt die Kapelle Kudziela. Am 1. Pfingsttag führt man dann in der Grüne das schon zur Tradition gewordene Picknick durch. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, in Zukunft nur bei den aktiven und passiven Mitgliedern zum 80. Geburtstag und ab 85 Jahren jährlich ein Ständchen zu bringen. Im Vereinslokal Schlöter wird in Kürze eine Ehrentafel für die im letzten Krieg gefallenen und vermißten Sänger angebracht.

Die in bester Harmonie verlaufene Versammlung wurde mit einem Liede geschlossen. D.

Die Nachbarschaft Bollwerk versammelte ihre Mitglieder zur Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes. Vorsitzender Paul Lamberti eröffnete die Versammlung und gedachte ehrend der im vergangenen Jahr Verstorbenen. Albert Fein wurde für den verstorbenen Karl Blume zum 2. Vorsitzenden gewählt. Sonst bleibt der alte Vorstand für das kommende Jahr bestehen. Die Aufnahmegrenze zur Nachbarschaft wurde auf 50 Jahre festgesetzt, weiterhin wurden feste Zahlungssätze nach Altersgrenzen festgelegt. Die Nachbarschaft gewährte bei 7 Sterbefällen Unterstützung.

Neuemühle

Wir gratulieren! Am 17. Januar feierte der Schuhmachermeister Rudolf Bükner sein 25jähriges Jubiläum als selbständiger Handwerksmeister.

„Pflicht zur Fortbildung und Recht auf Freude"

Landjugend des Kreises Altena in ernster und froher Runde – Gutbesuchtes Treffen in der Lüdenscheider Schützenhalle

Die Lüdenscheider Schützenhalle war der gut besuchte Treffpunkt der im Verein ehem. Landwirtschaftsschüler des Kreises Altena zusammengeschlossenen Landjugend, die sich alljährlich zu einigen ernsten und frohen Stunden mit ihren früheren Lehrern und anderen Ehrengästen der landw. Organisationen, der Kreisverwaltung u. a. m. zusammenfindet.

Der erste Teil der aus allen Orten des Kreises, hauptsächlich von den jüngeren Jahrgängen besuchten Zusammenkunft war sehr lehrreichen Fachvorträgen gewidmet. Den ersten dieser Art hielt Oberlandwirtschaftsrat Schnepper von der Höheren Landbauschule Herford über die agrarpolitische Weltlage und die daraus für die weitere und engere Heimat zu ziehenden Konsequenzen. Ein auffallendes Symptom bei verschiedenen hochindustriellen Staaten sei die besondere Förderung der Landwirtschaft seitens staatlicher Stellen, wofür England ein treffendes Beispiel gebe. Vor dem letzten Kriege konnte England sich nur zu 25 Prozent aus eigener Scholle ernähren, jetzt betrage der Prozentsatz schon das Doppelte. Die deutsche Landwirtschaft ernähre heute aus dem eigenen Boden etwa 60 Prozent, das Ziel müsse aber mindestens bei 80 Prozent liegen, um wirtschaftlich besser ausgeglichen zu sein.

Mit Besorgnis müsse man aber der Weiterentwicklung entgegensehen, wenn man feststelle, daß der deutsche landwirtschaftlich genutzte Boden mit 120 DM pro Hektar mit Steuern und Abgaben belastet sei. Diese traurige Tatsache zwinge zur intensiven Wirtschaftsweise, um diese Belastung auf möglichst hohe Erntemengen und andere Erzeugungsvolumen wie Milch u. a. m. zu verteilen. Bei extensiver Wirtschaftsweise seien die landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit relativ höheren Summen belastet. Der natürliche Weg weise den heimischen Bauern auf das Grünland, d. h. auf die Milcherzeugung und Rindviehzucht, außerdem müsse er der noch sehr steigerungsfähigen und lohnenden Schweinezucht und Schweinemast mehr Aufmerksamkeit zuwenden.

Das zweite Referat wandte sich mehr an die weibliche Landjugend, die von Frl. Berkenkamp einen nicht minder interessanten Fachvortrag über Mechanisierung im bäuerlichen Haushalt zu hören bekam. Die Rednerin war vor dem Kriege Leiterin der Mädchenabteilung der hiesigen Landwirtschaftsschule und ist jetzt Referentin für Hauswirtschaft an der Westf.-Lippischen Landwirtschaftskammer in Münster. Mit vielen Besucherinnen konnte sie hier also ein frohes Wiedersehen feiern.

Während im bäuerlichen Außenbetrieb, so führte sie aus, die Technisierung schon sehr große Fortschritte gemacht habe, hinke die Hauswirtschaft in diesem Punkte noch weit hinterher, sehr zu Lasten der Bauernfrauen und ihrer Gehilfinnen. Sie appellierte an das Verständnis der Männer, diesen Dingen mehr Aufmerksamkeit zu widmen, zumal viele hauswirtschaftliche Verbesserungen und damit Erleichterungen ohne großen Kostenaufwand bestritten werden könnten.

Die Leitung des Treffens der Landjugend lag in Händen ihres ersten Vorsitzenden Lausberg, Othmaringhausen bei Halver, der das Recht der Landjugend auf einige frohe Stunden im Jahr betonte, wenn es sich gründe auf erfüllter Pflicht und auf der Bereitschaft, für die berufliche Fortbildung etwas zu tun. — Unter den Ehrengästen waren auch als Vertreter der Kreisverwaltung der stellv. Oberkreisdirektor Feuring und Dr. Gelzer.

An den fachlichen Teil schloß sich der unterhaltende mit Musik, Gesang und Tanz bei den beschwingenden Klängen des DRK-Orchesters Remscheid.

Krebsheilung bedingt frühe Untersuchung

Im Regierungsbezirk Arnsberg wurden zahlreiche Beratungsstellen eingerichtet

Es ist allgemein bekannt, daß in den letzten 50 Jahren eine erhebliche Zunahme der Erkrankungs- und Todesfälle an Krebs beobachtet wird. Wenn auch die Verfeinerung und Verbesserung der Untersuchungstechnik dabei eine Rolle spielen mag, sprechen doch viele Anzeichen dafür, daß es sich um eine echte Erkrankungszunahme handelt. Leider ist es der Wissenschaft trotz ungeheurer Anstrengungen in aller Welt noch nicht gelungen, die eigentlichen Ursachen dafür einwandfrei zu klären. Trotzdem gelingt es in vielen Fällen durch die verschiedensten Maßnahmen, eine endgültige Heilung herbeizuführen.

Aussicht darauf besteht allerdings nur dann, wenn der Erkrankte so frühzeitig wie irgend möglich in ärztliche Behandlung kommt. Im Regierungsbezirk Arnsberg, wie überhaupt in Nordrhein-Westfalen, sind zahlreiche Beratungsstellen eingerichtet worden, in denen vorerst nur die Frauen von hervorragenden ehrenamtlich tätigen Fachärzten kostenlos untersucht und beraten werden.

Jede Frau sollte diese Gelegenheit wahrnehmen, sich vor der todbringenden Erkrankung zu schützen und sich bei dem geringsten Verdacht auf Veränderungen an ihren Brust- oder Unterleibsorganen, besonders in den reiferen Jahren, dort untersuchen zu lassen. Die Aerzte und die Gesundheitsämter sind gerne bereit, auf die nächsten Krebsfürsorge- und -beratungsstellen hinzuweisen.

Schwerer Verkehrsunfall bei Heesfeld

Eine Insassin schwer verletzt — Straße 45 Minuten gesperrt

Ein verhältnismäßig schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am gestrigen Montagnachmittag kurz nach 15 Uhr auf der Straße Halver—Brügge in der Höhe der Ortschaft Heesfeld in der Kurve bei dem Bauern Hoemann. Dort parkte der tägliche Milchwagen, um die dort abgestellten Milchkannen abzuholen. Aus Richtung Brügge kommend, überholte ein LKW diesen Milchwagen und im gleichen Augenblick kam aus Halver ein PKW, dessen Fahrer die Gefahr erkannte und scharf bremste. Er hatte jedoch nicht mit der schlüpfrigen Straße gerechnet, der Wagen kam ins Schleudern und wurde seitlich gegen den LKW gedrückt. Eine Frau, die in dem PKW saß, wurde erheblich verletzt und mußte mit dem vorbeikommenden Krankenwagen sofort dem Lüdenscheider Krankenhaus zugeleitet werden. Der Wagen wurde stark beschädigt. Der planmäßige Omnibus Wupper-Sieg nach Lüdenscheid mußte 45 Minuten warten, ehe eine Fahrbahn frei gemacht werden konnte. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt, dürfte aber eine erhebliche Rolle bei der Klärung dieses Unfalls spielen.

SPD für Aenderung des Notopfers

tx. Bonn, 22. Januar

In finanzpolitischen Kreisen des Bundestages rechnet man mit einer nochmaligen Erhöhung der Abgaben für das Notopfer Berlin im Jahre 1951/1952. Bereits im zweiten Halbjahr 1950 ist das Aufkommen gegenüber dem ersten Halbjahr zurückgegangen. In der Gesamtsumme für das Jahr 1950 ist eine Zubuße aus ECA-Mitteln in Höhe von 125 Millionen DM enthalten, die, wie ein Vertreter des Bundesfinanzministeriums erklärte, wahrscheinlich im kommenden Haushaltsjahr nicht zur Verfügung stehen werden, und die dann die Steuerzahler aufbringen müssen. Das würde eine weitere Erhöhung der Abgaben für das Notopfer Berlin um rund 25 Prozent bedeuten. Wie hierzu weiter verlautet, hat die SPD im Bundestagsausschuß für Finanz- und Steuerfragen bereits beantragt, das Notopfer Berlin durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer zu erheben, um dadurch eine sozialere Staffelung der Abgabe zu erreichen, deren kopfsteuerähnlichen Charakter sie bemängelt.

Wahrscheinlich keine Antwort

Moskau sagte nichts Neues

dpa. London, 22. Januar

In unterrichteten Kreisen Londons war man am Montag der Auffassung, daß die jüngste sowjetische Frage nach der deutschen Wiederaufrüstung wahrscheinlich überhaupt nicht beantwortet werden wird. Man weist darauf hin, daß im Vergleich mit der früheren Note, kaum etwas Neues gesagt worden sei. Amtliche Sprecher erklärten allerdings, daß die Note noch geprüft werde und noch keine Entscheidung über die Beantwortung gefallen sei.

Als neue Momente der letzten Sowjetnote wurden in London die Feststellungen vermerkt, daß Westeuropa weder von der Sowjetunion noch von ihren Verbündeten bedroht sei und daß die Sowjetunion ihre Streitkräfte seit Kriegsende beträchtlich verringert habe.

FDP fordert Aufhebung der Streikdrohung

ge. Düsseldorf, 22. Januar

Die Landtagsfraktion der FDP von Nordrhein-Westfalen fordert in einer Entschließung den Deutschen Gewerkschaftsbund auf, die Streikdrohung aufzuheben. Diese Aufhebung betrachtet sie als Voraussetzung für eine gesetzliche Regelung des Mitbestimmungsrechts. Nach dieser Aufhebung, so sagt die Fraktion, erwarte sie von allen Seiten den guten Willen zu einer gerechten Lösung des Problems. Sie geht hierbei davon aus, daß ein sozialer Ausgleich zur Zeit die entscheidende innerdeutsche Frage ist.

Wohnungsbauprogramm scheint gefährdet

Sollen Kasernen wichtiger sein? — Anfrage der Bayernpartei

dl. Bonn, 22. Januar

In Bonn sind in den letzten Tagen Befürchtungen laut geworden, daß das diesjährige Wohnungsbauprogramm durch Mangel an Mitteln, besonders aber durch Kasernenbauten und erhebliche finanzielle Aufwendungen für einen deutschen militärischen Beitrag, gefährdet werden könnte. Die Befürchtungen haben sich inzwischen soweit verdichtet, daß auch der Bundestag sich mit der Angelegenheit befassen wird.

Als erste hat die Bayernpartei einen Antrag eingebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „zuverlässige" Aufschlüsse darüber zu geben, „in welcher Weise sie dem drohenden Zusammenbruch des Wohnungsbauprogramms 1951 zu begegnen gedenkt".

Zwar wird im Bundeswohnungsbauministerium die in weiten parlamentarischen Kreisen um sich greifende Befürchtung nicht geteilt und insbesondere darauf hingewiesen, daß eine Gefährdung des Bauprogramms durch Kasernenbauten und dergleichen „auf keinen Fall zugelassen" werde, doch entbehrten diese Auskünfte bisher insofern der Glaubwürdigkeit, als die Stellungnahme des Bundesfinanzministers noch nicht vorliegt. Bundesfinanzminister Schäffer soll veranlaßt werden, eine bündige Erklärung darüber abzugeben, daß er eine anderweitige Verwendung der Wohnungsbaumittel nicht dulden wird.

Unterredung Adenauer-Eisenhower

Auch Ollenhauer, Speidel und Heusinger hatten Besprechungen

dpa. Bad Homburg, 22. Januar

Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer traf am Montagabend mit dem Oberbefehlshaber der Atlantikpaktstreitkräfte, General Dwihgt D. Eisenhower, auf einem Empfang in Bad Homburg zusammen. An dem Empfang nahmen außerdem sämtliche Bundesminister — mit Ausnahme von Wirtschaftsminister Professor Erhard und Minister Dr. Heinrich Hellwege — die Länderchefs mit Ausnahme von Oberbürgermeister Ernst Reuter (Berlin), der durch Frau Luise Schröder vertreten wurde, und die beiden militärischen Berater der Bundesregierung, die Generale a. D. Heusinger und Dr. Speidel teil. Für den erkrankten SPD-Vorsitzenden Dr. Kurt Schumacher war der zweite Parteivorsitzende Erich Ollenhauer anwesend.

Im Laufe des Abends zogen sich der Bundeskanzler und General Eisenhower zu einer halbstündigen Unterredung zurück. Anschließend bat Eisenhower Erich Ollenhauer zu sich, mit dem er sich etwa zwanzig Minuten lang unterhielt. Danach lernte der amerikanische General auch die ehemaligen deutschen Generale Dr. Speidel und Heusinger kennen. Bei dieser Unterredung gingen die beiden militärischen Berater der Bundesregierung — wie verlautet — von dem deutschen Anliegen der deutschen Gleichberechtigung aus.

Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold, der sich ebenfalls eine Zeitlang mit General Eisenhower unterhalten hatte, erklärte, er habe den Eindruck gehabt, daß der General bei einer möglichen deutschen Beteiligung an der Verteidigung Westeuropas volles Verständnis für den deutschen Standpunkt der Gleichberechtigung habe.

Kein Kurswechsel in der USA-Außenpolitik

Botschafter Cooper: Wir suchen mit Europa in Kontakt zu kommen

dff. München, 22. Januar

Der frühere republikanische Senator und jetzige Botschafter John Cooper, der als Berater des Außenministers an der Brüsseler Konferenz teilnahm, erklärte am Montag in München vor der Presse, Amerika glaube nicht, daß Krieg unvermeidlich sei, aber es sei davon überzeugt, daß der Aufbau einer starken Verteidigungsfront in der westlichen Welt einen Krieg verhindern könne.

An einen Erfolg der Isolationisten glaubt Botschafter Cooper nicht, vielmehr werde die augenblickliche Debatte zu einem klaren außenpolitischen Kurs der USA beitragen, aber nicht zu einer Aenderung der amerikanischen Außenpolitik führen. Auf eine Frage, ob Amerika durch die Vorgänge im Fernen Osten Europa nicht zu kurz kommen lasse, meinte Cooper: „Sie können mir kaum einen Beweis dafür bringen, daß unsere Politik Europa gegenüber nicht fest und unverändert geblieben ist, mehr denn je, suchen wir jetzt, mit Europa in Kontakt zu kommen."

Bootschafter Cooper, der während seines mehrtägigen Aufenthaltes in Westdeutschland mit Politikern, Wirtschaftlern, Gewerkschaftlern und Studenten zusammengekommen ist, gab zu, daß innerhalb der deutschen Bevölkerung „gewisse Gegensätzlichkeiten" über den deutschen Beitrag zur Verteidigung Westeuropas bestünden, meinte aber, „das sei nur natürlich, geistig und moralisch habe sich Westdeutschland aber schon längst für den Westen entschieden."

Bonn zu den Sowjetnoten ohne Kommentar

Bezeichnung „Revanchist" Adenauer höchst albern

dl. Bonn, 22. Januar

Bonner Regierungsstellen verhalten sich gegenüber dem Inhalt der sowjetischen Antwortnote an die Westmächte betonend zurückhaltend. Im Bundeskanzleramt wurde lediglich erklärt: „Wir kennen den Inhalt der Note nur aus der Presse." Solange der Bundesregierung nicht offiziell der Inhalt der Note zur Kenntnis gegeben werde, habe sie keine Veranlassung zu einer amtlichen Stellungnahme. Inoffiziell wurde erklärt, daß die Beschuldigungen der Sowjets „nichts Neues" seien. Die Bezeichnung „Revanchist Adenauer" sei in höchstem Maße albern, denn selbst in Moskau dürfte man gemerkt haben, daß der deutsche Bundeskanzler an alles als an Revanche denke. Es lohne sich nicht, darauf einzugehen.

Weniger zurückhaltend ist die Reaktion in alliierten Kreisen, die als „bemerkenswerten Fortschritt" feststellen, daß in der Note wenigstens keine neuen Beschuldigungen enthalten seien. Am auffallendsten sei wohl die Eile, mit der Moskau jetzt die alliierten Noten beantworte. „Offenbar ist den Sowjets doch sehr daran gelegen, eine Viererkonferenz zustande zu bringen, bevor eine deutsch-alliierte Einigung über die europäische Verteidigung erzielt worden ist. Auch der Besuch General Eisenhowers in Rom, Frankfurt und Kopenhagen scheint in Moskau einigen Eindruck gemacht zu haben."

Eine andere alliierte Persönlichkeit erklärte: „Das Rennen um Deutschland scheinen die Sowjets um jeden Preis gewinnen zu wollen, nach der Eile zu schließen, mit der sie auf die Vierer konferenz hinsteuern."

Streikgefahr bis Wochenende beseitigt?

Mitbestimmungsverhandlungen dehnen sich aus

dl. Bonn, 22. Januar

Die Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht in der Kohle- und Eisenindustrie sind am Montag in Abwesenheit von Bundeskanzler Dr. Adenauer wieder aufgenommen worden. Nach dem bisherigen Verhandlungsverlauf ist, wie das Bundespresse- und Informationsamt mitteilte, doch mit einer längeren Dauer der Besprechungen zu rechnen, obwohl man regierungsseitig nach wie vor optimistisch ist. Trotz eines überaus vorsichtigen Vorgehens glaubt man doch, daß die Verhandlungen bis etwa Ende dieser Woche schon soweit gediehen sind, daß die Gefahr einer neuerlichen Zuspitzung als überwunden angesehen werden können.

Die Industriegewerkschaft Chemie, Papier und Keramik will einen Streik im Bergbau und in der eisenschaffenden Industrie, der von den Gewerkschaften geplant ist, falls ihre Forderungen zum Mitbestimmungsrecht nicht erfüllt werden, tolerieren. Zur Chemie-Gewerkschaft gehören unter anderem die chemische Industrie, die Kautschuk- und Oelindustrie, die Papiererzeugung, keramische Betriebe und Glaserzeugung.

Der Präsident des Industrieverbandes Fritz Berg, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer in einem Telegramm davor gewarnt, über das Mitbestimmungsrecht für die Kohle- und Eisenindustrie eine Entscheidung zu treffen, die von der Unternehmerschaft für die gesamte deutsche Industrie abgelehnt werde. In einem zusätzlichen Brief an den Bundeskanzler weist Berg darauf hin, daß die Industrie in den gegenwärtigen Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht in der Kohle- und Eisen-Industrie, die „unter dem Druck eines rein politischen Streiks" stattfänden, eine verhängnisvolle Erschütterung der Staatsautorität und der Grundlage der jungen Demokratie sehe.

Neuguinea: 23 Todesopfer

dmt. Melbourne, 22. Januar

Während früheren Berichten zufolge die Zahl der beim Ausbruch der Vulkans Mount Lamington in Ost-Neuguinea ums Leben gekommenen Europäer auf 50 beziffert worden war, sollen nach jüngsten Meldungen nur ein Europäer und 22 Eingeborene den Tod gefunden haben. Genauere Feststellungen zu treffen ist deshalb äußerst schwierig, da es schon unter normalen Umständen nicht leicht ist, in die unwirtlichen und nur spärlich besiedelten Gebirgsgegenden zu gelangen.

Spanien soll Europa mitverteidigen

Italienischer Beitrag wird nicht hoch eingeschätzt

dpa. Washington, 22. Januar

Der republikanische Kongreßabgeordnete Gavin, der Ende letzten Jahres im Auftrag des Militärausschusses des Repräsentantenhauses Europa bereiste, hat dem amerikanischen Verteidigungsminister Marshall einen Bericht über den Stand der europäischen Verteidigung vorgelegt. Darin fordert er die sofortige Beteiligung Spaniens an den westlichen Verteidigungsplänen und äußert sich sehr kritisch über die Rüstungsanstrengungen anderer europäischer Länder.

Gavin sagte in dem Bericht, die USA könnten es sich vom militärischen Standpunkt aus nicht leisten, Spanien weiter „zu vernachlässigen." Für Frankreich seien, an den Ergebnissen gemessen, viel zu große Ausgaben gemacht worden. Auf die italienischen Truppen sei nur ein Verlaß, solange sie ihr eigenes Land verteidigten. Mit einem bedeutendem italienischen Beitrag in anderen Teilen des Kontinents sei nicht zu rechnen. Großbritannien sei unter seiner sozialistischen Regierung nicht zu größeren Rüstungsanstrengungen fähig. Gavin verlangt in dem Bericht die baldige Einstellung der Marshallplan-Hilfe, da der wirtschaftliche Wiederaufbau Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik und Großbritanniens weitgehend erreicht sei.

So kurz wie möglich

Stikker will Rohstofflage erörtern. Der Vorsitzende des OEEC-Rates, der holländische Außenminister Dirk Stikker, wird Ende des Monats Besprechungen mit den Regierungen europäischer Staaten über die kritische Rohstofflage beginnen.

„Friedensversammlung" verboten. Eine für Montagabend nach Bad Homburg einberufene „Friedensversammlung" der KPD gegen den Besuch General Eisenhowers in Deutschland ist vom hessischen Innenminister Zinnkann verboten worden.

„Nationale Rechte" fordert gesamtdeutsche Wahlen. 250 Bundesvertreter der „Nationalen Rechten" unter dem Vorsitz des Fabrikanten Hermann Klingspor (Siegen) forderten in Recklinghausen freie unbeeinflußte Wahlen für eine gesamtdeutsche Nationalversammlung nach dem Reichstagswahlrecht.

Der ehemalige Vizepräsident der sowjetisch kontrollierten Eisenbahndirektion Berlin, Max Kellner, ist in das Bundesgebiet geflohen. Kellner war bis zu diesem Zeitpunkt als Hauptreferent bei der Generaldirektion der Sowjetzonen-Eisenbahn beschäftigt.

Die „Zentralstelle für Handwerkslieferungen" wurde am Sonnabend in Bonn gegründet; auch das Berliner Handwerk ist beteiligt. Der Zentralverband des deutschen Handwerks und der deutsche Genossenschaftsverband sind im Aufsichtsrat vertreten.

27000 Tote des zweiten Weltkrieges — Soldaten und Zivilisten, Deutsche und Ausländer — ruhen in Schleswig-Holstein. Zum Teil liegen sie in den 227 Massengräbern, die im ganzen Land verstreut sind, überwiegend aber in Einzelgräbern.

Ueber 120 Personen sind bisher in einem im gesamten Gebiet der Türkei laufenden Fahndungsaktion nach Mitgliedern einer kommunistischen Untergrundorganisation verhaftet worden. Unter den Verhafteten befinden sich auch Angehörige der türkischen Armee.

Der Bund Deutscher Jugend (BDJ) in Frankfurt hat in drei gleichlautenden Briefen an Präsident Truman, General Eisenhower und dem amerikanischen Hohen Kommissar John Mc Cloy die Einbeziehung ganz Deutschlands in den Verteidigungsgürtel der freien westlichen Welt gefordert.

Führende Meteorologen aus zehn Mitgliedsstaaten der nordatlantischen regionalen Planungsgruppe beraten in Washington über meteorologische Pläne zur Unterstützung der Verteidigungsbemühungen der Nordatlantikpaktstaaten.

Kein Visum für Frau Niemöller

epd. Wiesbaden, 22. Januar

Wie der evangelische Pressedienst erfährt, ist die von Kirchenpräsident Niemöller für die Zeit vom 1. bis 24. Februar vorgesehene Predigt- und Vortragsreise durch die USA dadurch in Frage gestellt, daß Frau Niemöller bisher kein Visum erhalten hat. Die Ablehnung ist vom amerikanischen Generalkonsulat mit dem Hinweis begründet worden, daß Frau Niemöller während des Krieges „zahlendes Mitglied des Reichsluftschutzbundes" gewesen sei und daher unter die verschärften Einreisebestimmungen falle.

Wetterbericht

Der Zustrom milder atlantischer Luftmassen verstärkt sich. Vorhersage: Meist bedeckt, z. T. auch dunstig. Einzelne leichte Regen- und Sprühregenfälle, Temperaturen tags 5—7 Grad, nachts um 3 Grad.

Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver, Kirchstraße 5 Fernruf: Halver 442 - Hauptschriftleitung: Karl A. F. Günther - Lokale Schriftleitung: Werner Bell - Anzeigenleitung Ernst Höngen, Halver - Postverlagsort: Halver i. Westf. Erscheint werktäglich. Abbestellungen nur bis zum 20. eines Monats schriftlich beim Verlag.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, danken wir herzlich.

Frau Anna Speckenbach und Kinder.

Hefendehl, im Jan. 1951.

Gesucht wird

4-Zimmerwohnung

in Schalksmühle oder näherer Umgebung. Bauzuschuß kann evtl. gegeben werden Angebote unter Nr. 528 an Allgemeinen Anzeiger, Schalksmühle.

Erhielt

Ferkel und Läuferschweine



(Schnelimast)

Alex Schmale, Halver. Telefon 443

500.- DM.

für 4 Wochen gegen gute Sicherheit gesucht. Rückzahl. DM 550 - Angebote unter Nr. 374 an Allgemeinen Anzeiger

Lichtspiele Karlshöhe

Mittwoch 20 Uhr
Donnerstag 20 Uhr

Ein Ritter ohne Furcht und Tadel im Wirbel von Verschwörungen, Liebesintrigen, Adelsrevolten

Ein Film von **Robert Vernay**, dem Regisseur von „Graf von Monte Christo"

„Abenteuer am Königshof"

mit *Pierre Renoir, Claude Genia, Jean Paqui, Sophie Desmarets u. a.*

Glanz, Geheimnisse und Gefahren am Hofe Ludwig XII v Frankreich.

Wochenschau u. Beiprogramm

Wer rät - gewinnt!

Unter diesem Leitwort beginnt „abz" im nächsten Heft mit einem neuartigen

RÄTSEL-TOTO

Ein Wettbewerb in laufender Folge, der den Lesern nicht nur Freude und Unterhaltung bringen wird, sondern bei dem es jeweils zahlreiche Preise zu gewinnen gibt. Alles Nähere finden Sie in der „abz" selbst.

abz

„abz" ist die wöchentlich erscheinende, beliebte Illustrierte, die Ihnen für nur 0,75 DM im Monat durch die Boten dieser Zeitung ins Haus gebracht wird

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle hiermit die illustrierte Zeitschrift „abz" zum monatlichen Bezugspreis von 0,75 DM

Name:

Ort:

Straße:

Für die Werkzeugmacherei meines Betriebes in Carthausen wird ein aufgeweckt

Lehrling

gesucht Bewerbungen erbeten.

Caspar Arnold Winkhaus

Fast neuwertiger

Federwagen

zu verkaufen oder gegen

Rind oder Kuh

zu tauschen.

FRITZ OSENBERG
In der Bever b./Halver
Telefon 182

Die erkannte Person, die am Montag 15,30 Uhr am Eingang zum Obst- u. Gemüsegeschäft Bangert, Frankfurterstraße

verlorene Geldbörse

aufgehoben hat, wird gebeten, diese gegen Belohnung beim Fundamt Halver abzugeben.